Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung (GewSchG)

Bitte beachten:

Gegebenenfalls beizufügen sind:

Stalkingtagebuch

ärztliche Atteste

Chatausdrucke

Platzverweis d. Polizei oder Ortsbehörde

o.ä.

Im Regelfall wird dem Antragsgegner der Antrag des Antragstellers **nebst Anlagen** übersandt.

Falls Angaben (z. B. Adresse, Telefonnummer des Antragstellers) nicht an den Antragsgegner übermittelt werden dürfen, sind diese **ausschließlich** auf einem gesonderten Blatt zu vermerken.

Auch in den Anlagen sind diese Angaben entsprechend zu schwärzen.

Dies ist entsprechend, wenn möglich farbig, kenntlich zu machen.

In der Familiensache

Antragsteller (Name, Anschrift, Geburtsdatum, **Telefonnummer**)

gegen

Antragsgegner (Name, Anschrift, Geburtsdatum, **Telefonnummer**)

(evtl. weitere Antragsgegner)

(Name, Anschrift, Geburtsdatum)

wegen Maßnahmen nach dem Gewaltschutzgesetz

Ich stelle nach dem Gewaltschutzgesetz Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung

wie folgt:

Die gemeinsam genutzte Wohnung in (Anschrift:)

wird dem/der Antragsteller/in zur alleinigen Benutzung zugewiesen.

Der/Die Antragsgegner/in hat es zu unterlassen:

die Wohnung in

ohne vorherige Zustimmung des/der Antragsteller/s/in nochmals zu betreten,

sich in einem Umkreis von _____ Metern der Wohnung des/der Antragsteller/s/in ohne vorherige Zustimmung aufzuhalten,

folgende Orte aufzusuchen, an denen sich der/die Antragsteller/in regelmäßig aufhält:

den Arbeitsplatz in (Anschrift:) _____

mit dem/der Antragsteller/in in irgendeiner Form Kontakt aufzunehmen, auch unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln.

Im Einzelnen wird dem/der Antragsgegner/in untersagt:

- den/die Antragsteller/in anzurufen,
- den/die Antragsteller/in anzusprechen,
- dem/der Antragsteller/in SMS zu senden,
- dem/der Antragsteller/in E-Mails zu senden,
- dem/der Antragsteller/in Faxe zu übermitteln.

ein Zusammentreffen mit dem/der Antragsteller/in herbeizuführen. Sollte es zu einem zufälligen Zusammentreffen kommen, hat sich der/die Antragsgegner/in unverzüglich auf ____ Meter zu entfernen.

den Antragsteller/die Antragstellerin:

- zu bedrohen
- zu verletzen
- sonst körperlich zu misshandeln
- zu demütigen
- einzusperren
- Sonstiges:

Dem/der Antragsgegner/in wird für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen die vorstehend aufgeführten Unterlassungsverpflichtungen die Festsetzung von Ordnungsgeld bis zur Höhe von 250.000,00 €, ersatzweise für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, Ordnungshaft von bis zu 6 Monaten, angedroht.

Gründe:

< Bitte **AUSFÜHRLICHE** Sachverhaltsdarstellung (mit Datumsangaben etc.) >

I. Allgemeines:

Derzeitiger Aufenthalt des Antragsgegners/in

.....

(insbesondere bei Wohnungszuweisung)

Arbeitgeber des Antragsgegners/in, ggf. mit Anschrift

.....

Polizeiliches Az.:.....

Termine bei der Polizei.....

Verhältnis zum Antragsgegner/in

- Ehegatten
 - zusammenlebend
 - getrennt lebend
 - geschieden
- Lebenspartner
- Nichteheliche Lebensgemeinschaft
- Bekannte /ehemalige Freunde
- Sonstiges:.....

Besteht ein gemeinsamer Haushalt mit d. Antragsgegner/in?

- Nein
- Ja

- Eigentum am Wohnobjekt
- gemeinsames Eigentum
- Alleineigentum Antragsteller/in
- Alleineigentum Antragsgegner/in

- Miete
- gemeinsamer Mietvertrag
- Mietvertrag Antragsteller/in alleine
- Mietvertrag Antragsgegner/in alleine

Gemeinsame(s) Kind(er) mit d. Antragsgegner/in?

- Nein
- Ja: Name, Vorname, Geburtsdatum und Wohnadresse der Kinder
- 1.
- 2.
- 3.
- 4.

Wer hat die elterliche Sorge für d. Kind(er) inne?

- gemeinsam
- Antragsteller/in alleine
- Antragsgegner/in alleine

Nicht gemeinsame(s) Kind(er) falls im Haushalt des/der Antragsteller/in lebend

- Nein
- Ja Name, Vorname, Geburtsdatum und Wohnadresse der Kinder
- 1.
- 2.
- 3.

Sind/ Waren bereits gerichtliche Verfahren zwischen den Parteien anhängig?

- Nein
- Ja (Gericht, Aktenzeichen)
-
-

II. Anlass des Antrages / Sachverhalt (bitte sorgfältig und vollständig ausfüllen)

- Körperverletzung(en)
- Gesundheitsverletzung(en) (auch psychisch)
- Nachstellen /Stalking, auch telefonisch
- Einsperren
- Konkrete Bedrohungen
- Eindringen in die Wohnung gegen /ohne den Willen d. Antragstellers

Datum Beginn der Vorfälle

Anlass des Beginns?

Datum des aktuellsten Vorfalls

Schilderung des aktuellsten Vorfalls:

Schilderung der schwersten Vorfälle mit Angabe Datum

1)

2)

3)

Bei Stalking:

Frequenz der Nachstellungen

Anzahl pro Tag/ pro Woche / insgesamt?

.....
.....

Unterlassungsaufforderung gegenüber dem Antragsgegner ist erfolgt
Wann?.....
Wie?.....
(Bitte wenn möglich Beleg beifügen)

Bei Bedrohungen:
Angabe des genauen Wortlautes/ Schilderung der Gesten etc.
.....
.....
.....

Wird die Drohung ernst genommen? ja nein
Grund?.....
.....
.....

Bei Körperverletzungen:
Genaue Angabe der Verletzung
.....
.....

Folgen bei Antragsteller/in? Körperlich? Seelisch? Wenn ja welche?
.....
.....
.....

Wurde der Arzt aufgesucht?
 Nein
 Ja

Ärztliches Attest vorhanden?
 Nein
 Ja

Wurde die Polizei verständigt?
 Nein
 Ja Polizeidienststelle/ Sachbearbeiter
.....
.....

Wurde durch die Polizei bereits ein Kontaktverbot ausgesprochen?
 Nein
 Ja Das Kontaktverbot endet am

Gibt es diagnostizierte Krankheiten (physisch /psychisch) bei Antragsgegner/in, die in

Zusammenhang mit den Vorfällen stehen/ stehen können?

Nein

Ja Bezeichnung

.....
.....

Für den Fall, dass noch Angaben bzw. Beweisangebote für erforderlich oder sachdienlich erachtet werden, wird um einen entsprechenden richterlichen Hinweis gebeten.

Für das Verfahren wird Verfahrenskostenhilfe beantragt.

Die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse füge ich bei.

Die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse reiche ich umgehend nach

Versicherung an Eides Statt

Ich versichere an Eides statt, dass ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen gemacht habe, dass ich die reine Wahrheit gesagt habe und nichts verschwiegen habe.

Mir ist bekannt, dass eine eidesstattliche Versicherung eine nach den §§ 156, 161 Strafgesetzbuch (StGB) strafbewehrte Bestätigung der Richtigkeit meiner Erklärung ist. Mir sind die strafrechtlichen Folgen einer unrichtigen, d.h. nicht den Tatsachen entsprechenden oder unvollständigen Erklärung, d.h. das Verschweigen der wesentlichen Tatsachen, bekannt.

Nach § 156 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung vorsätzlich falsch abgibt. Nach § 161 StGB wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung fahrlässig falsch abgibt.

Datum, Unterschrift